

AUSGABE 2 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Flüchtlingsfragen: Städte fordern konkrete Ergebnisse bis Ostern

Spendenaufruf für die Menschen in der Türkei und Syrien

Pläne gegen Einwegverpackungsmüll reichen nicht

Städtische Grünflächen: Zunahme per neuer EU-Verordnung?

AUS DEN STÄDTEN

Münster: Thermografieflüge für Klimaschutz

Hamburg: Autonome Shuttle im ÖPNV

Berlin: Nürnberger Azubis besuchen Deutschen Städtetag

FORUM

Mit Technik und Expertise – Würzburg senkt erfolgreich Stickstoffdioxid-Belastungen



Flüchtlingsfragen: Städte fordern konkrete Ergebnisse bis Ostern

„Viele Städte sind am Limit und benötigen dringend mehr Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten. Auch die Integrationskosten, zum Beispiel für Kita und Schule, sind bisher mit keinem Cent eingepreist.“ Mit diesen Worten hatte Oberbürgermeister Eckart Würzner als der Erste Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages schon einen Tag vor dem Flüchtlingsgipfel am 16. Februar auf die Schwierigkeiten der Städte bei Migrations- und Flüchtlingsfragen hingewiesen und gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) die Erwartungen der Städte an den Bund und die Länder formuliert.

In der aktuellen Situation reiche es nicht, wenn Bund und Länder erst rund um Ostern über weitere finanzielle Unterstützung für die Kommunen sprechen – zumal jetzt schon klar sei, dass die zugesagten Mittel für 2023 nicht ausreichen würden, kritisierte der parteilose Oberbürgermeister von Heidelberg. Der Bund müsse die Kosten der Unter-

kunft in vollem Umfang übernehmen, forderte Würzner. Zudem müssten die Verfahren rund um die Unterbringung geflüchteter Menschen rechtlich vereinfacht werden. Denn diese bräuchten jetzt ein Dach über dem Kopf. Mit Geld allein werde das auch gar nicht zu lösen sein, gab er zu bedenken. Viele Kommunen bräuchten Geflüchtete bereits in Zelten, Containerdörfern und Messehallen unter. Deutschland und andere Staaten müssten außerdem schnelle und umfassende Wiederaufbauhilfe in der Türkei und Syrien leisten sowie weiterhin auch in der Ukraine. Denn viele Menschen wollten ihre Heimat trotz Katastrophen und Krieg nicht verlassen.

„Mit schneller und umfassender Notfall- und Wiederaufbauhilfe muss den Menschen deshalb ein Leben vor Ort ermöglicht werden, um ihnen so eine Flucht aus ihrer Heimat zu ersparen“, sagte Würzner der dpa. Er schlug zudem vor, Asylsuchende, deren Anträge keine Aussicht auf Erfolg haben, in Zukunft

nicht mehr auf die Kommunen zu verteilen. Die Städte sollten sich auf die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten konzentrieren können, die längere Zeit in Deutschland blieben.

Die Forderungen des Deutschen Städtetages zum Flüchtlingsgipfel im Bundesinnenministerium – neue Regeln für die Verteilung von Asylbewerbern, mehr Katastrophenhilfe im Erdbebengebiet und eine schnelle Unterstützung der Kommunen – blieben jedoch weitgehend unerfüllt. Entsprechend zurückhaltend war die Reaktion von OB Würzner nach den Gesprächen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit Vertretern der Länder und der kommunalen Spitzenverbände: „Klare Zusagen hat es heute kaum gegeben. Das ist weniger als wir erwartet haben. Die Verabredung für einen konkreten Arbeitsprozess von Bund, Ländern und Kommunen lässt uns hoffen. Das betrifft die Unterbringung, die Integration, die Entlastung der Ausländer- und Sozialbehörden sowie Fragen der Rückführung und der Begrenzung des Zuzugs. Vor allem aber die Frage, wie das alles finanziert wird. Bei den Arbeitsgruppen werden wir konstruktiv mitarbeiten. Bis Ostern muss es dann aber wirklich konkrete Ergebnisse geben, denn der Druck auf die Kommunen wächst von Tag zu Tag weiter.“

„Der Druck auf die Kommunen wächst von Tag zu Tag weiter.“

Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner,
Stellvertreter des Präsidenten
des Deutschen Städtetages

Vor allem beim Thema finanzielle Unterstützung der Städte ist heute sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen worden. Wir brauchen bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz endlich klare finanzielle Zusagen für 2023 und eine Perspektive, wie es 2024 weitergeht. Denn die

Situation in den Städten ist inzwischen deutlich angespannter als bei der letzten MPK im November absehbar war.

Als wichtige Botschaft geht vom Migrationsgipfel aus: Bund, Länder und Kommunen tragen gemeinsam dafür Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten in allen Teilen der Gesellschaft aufrecht erhalten bleiben und fremdenfeindliche Tendenzen keine Chance haben.“

Mit freundlicher Genehmigung der dpa, Deutsche Presse-Agentur, Hamburg, www.dpa.com



Gemeinsame Erklärung: Städte unterstützen Wiederaufbau der Ukraine

Zum ersten Jahrestag des russischen Überfalls haben sich die Kommunen in Deutschland zur weiterhin tatkräftigen Unterstützung der Ukraine bekannt. Das machten der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen in einer gemeinsamen Erklärung deutlich. Vor allem geht es um Solidaritätsaktionen, Nothilfe, die Aufnahme von Geflüchteten und die Unterstützung beim Wiederaufbau, aber auch um den Ausbau und die Ausweitung von aktuell rund 130 deutsch-ukrainische Partnerschaften von Städten, Kreisen und Gemeinden.

➔ www.staedtetag.de/ukraine-erklaerung



Foto: Bundesverband Rettungshunde



Foto: Help – Hilfe zur Selbsthilfe



Foto: IDA/Maleser International



Spendenaufruf für die Menschen in der Türkei und Syrien

Der Deutsche Städtetag ruft Angesichts der Zerstörung, der Not und des Elends in den Erdbebengebieten in der Türkei und in Syrien auf, sich an der Spendenaktion der „Aktion Deutschland hilft“ zu beteiligen. Dazu sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy:

„Die Bilder aus den Erdbebengebieten in der Türkei und Syrien machen uns fassungslos. Wir können uns nicht vorstellen, was die Überlebenden vor Ort gerade durchmachen. Unsere Anteilnahme gilt allen Menschen in den betroffenen Regionen. Jetzt geht es darum, den Überlebenden vor Ort schnell und umfassend zu helfen. Die Hilfsbereitschaft und Solidarität, die sich seit dem schrecklichen Erdbeben Tag für Tag in Deutschland zeigen, sind beeindruckend. Die Städte werden das ihnen Mögliche tun, um zu helfen. Rund 90 deutsche Kommunen haben Städtepartnerschaften und Kooperationen mit Kommunen in der Türkei und Syrien. Das ist eine wichtige Basis für unsere kommunale Unterstützung. Doch auch jede und jeder Einzelne kann helfen. Deshalb unterstützen wir den Spendenaufruf der ‚Aktion Deutschland hilft‘ für die Menschen in der Türkei und Syrien.“

➔ <https://adh.ngo/staedtetag-hilft>



Pläne gegen Einwegverpackungsmüll reichen nicht

Der Deutsche Städtetag fordert den Bund auf, den geplanten Littering-Fonds gegen Einwegverpackungsmüll in Städten deutlich auszuweiten. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy sagte dazu im Februar gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

„Die Pläne für den Littering-Fonds gehen uns noch nicht weit genug und werden so auf keinen Fall ausreichen. Die Städte müssen Jahr für Jahr mehr Geld in die Hand nehmen, um die Flut von Einwegmüll in den Griff zu bekommen. Immer mehr Plastikflaschen, Getränkebecher und andere Verpackungen für To-Go-Lebensmittel verdrecken den öffentlichen Raum. Deshalb ist es richtig, die Hersteller in die Pflicht zu nehmen. Wer bestimmte Einwegprodukte und To-Go-Becher herstellt und daran verdient, muss auch in den Littering-Fonds einzahlen und sich so an den Reinigungskosten beteiligen.

Der Fonds darf sich aber nicht nur auf eine kleine Auswahl an Einwegverpackungen aus Kunststoff beschränken. Er muss ausgeweitet werden auf mehr Produkte und auf mehr Materialien. Ob der Einwegmüll aus Plastik, Pappe oder Aluminium ist, macht für Kosten und Aufwand der Reinigung keinen Unterschied. Die aktuellen Pläne für den

Littering-Fonds gehen an der Realität vorbei. Es besteht die Gefahr, dass Hersteller von Einwegverpackungen einfach nur auf andere Materialien umsteigen. Für weniger Müll in den Städten braucht es aber echte Anreize für Hersteller und Läden, auf umweltfreundliche Mehrwegverpackungen zu setzen.

Außerdem muss Geld aus dem Fonds möglichst unkompliziert vor Ort bei den Städten und ihren Entsorgungsbetrieben ankommen. Die Antragsverfahren für die Städte sind noch viel zu kompliziert. Hier muss auf jeden Fall nachgebessert werden.

Littering ist ein echtes Problem geworden. Niemand sitzt gerne auf einer Parkbank, neben der sich die Pizzakartons stapeln. Aber Littering ist nicht nur ein Problem von Sauberkeit. Es ist vor allem ein großes Umweltproblem und verbraucht unnötig viele Ressourcen.

Viele Städte praktizieren deshalb bereits verschiedene Ansätze, um Müllmengen zu reduzieren. Es gibt mediale Kampagnen, stadtweite Mehrwegangebote sowie Abfallberatungen, Mülldetektive und Müllmelder-Apps. Zudem gibt es die Idee einer lokalen Verpackungssteuer, die sich derzeit wieder in gerichtlichen Verfahren befindet.“

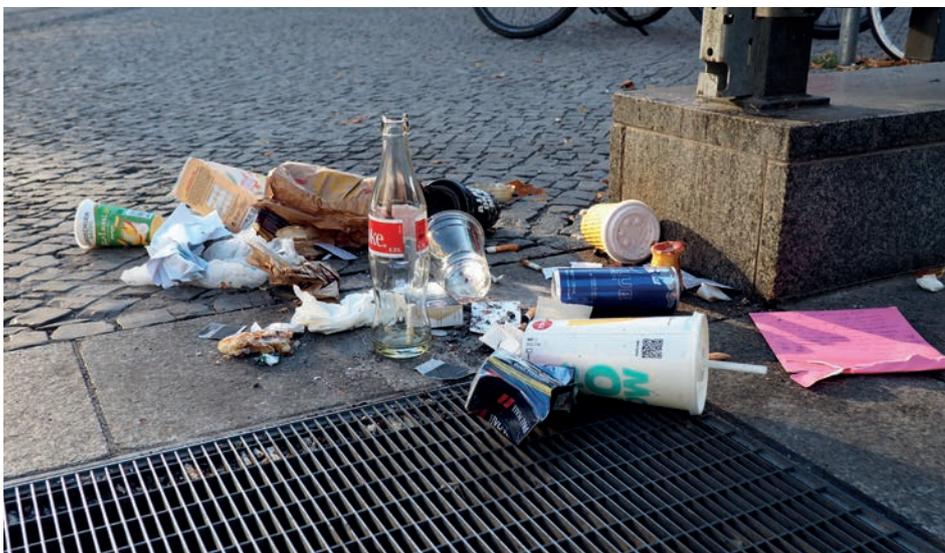


Foto: Tobias Fricke

Städtische Grünflächen: Zunahme per neuer EU-Verordnung?

Von Ulrich Fikar

Am 22. Juni schlug die Kommission eine Verordnung „über die Wiederherstellung der Natur“ mit EU-weit rechtlich verbindlichen Zielen für die Wiederherstellung der Natur in verschiedenen Ökosystemen vor. Für ein Novum im EU-Recht sorgen erstmals bindende Zielvorgaben für die Zunahme städtischer Grünflächen. Nach dem Vorschlag sollen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass bis 2030 kein Nettoverlust an städtischen Grünflächen gegenüber 2021 zu verzeichnen ist.

Bis 2040 soll die Gesamtfläche städtischer Grünflächen, nach Artikel 6 der Verordnung, eine Zunahme um 3 Prozent erreichen, bis 2050 um 5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021. Die Mitgliedsstaaten sollen auch

sicherstellen, dass bis 2050 ein Mindestanteil von 10 Prozent an Baumüberschirmung in jeder Stadt, Gemeinde und jedem Vorort besteht. Ferner soll ein unbestimmter Nettogewinn an Grünflächen, die in Gebäude und Infrastruktur integriert sind, erreicht werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Zielvorgaben sollen durch lokale Gebietskörperschaften erfolgen, da der Vorschlag keine Kooperationsmechanismen mit dem Bund oder den Ländern vorgibt. Für einzelne betroffene Kommunen bedeutet dies teilweise enorme, nicht verhältnismäßige Anstrengungen.

Uwe Conradt, Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken und Vertreter des Deutschen



Foto: Foto Oldenburg Tourismus und Marketing GmbH, Verena Brandt



„Die lokalen Gebietskörperschaften sind der Schlüssel zur Renaturierung und zum Erhalt der urbanen Ökosysteme. Ich fordere die EU-Gesetzgeber auf bei der weiteren Beratung dieser Verordnung im Gespräch mit uns zu bleiben, um die lokale Perspektive nicht zu verlieren.“

Oberbürgermeister
Uwe Conradt
Vertreter des DST im Ausschuss
der Regionen

Städtetages im Ausschuss der Regionen, hat sich am 9. Februar in Brüssel zum Vorschlag der Kommission geäußert und für einen maßvolleren Ansatz zu Erreichung der Ziele geworben. Oberbürgermeister Conradt sprach dabei die Konflikte um die Nutzung ohnehin schon knapper Flächen im urbanen Raum an:

„Wir brauchen grüne Städte, aber auch Perspektiven für andere wichtige Entwicklungen in unseren Städten wie Wohnen, Kultur und Arbeit. Der Verordnungsentwurf sieht dagegen nicht nur vor, dass unterm Strich keine zusätzlichen Flächen mehr bebaut werden, sondern zusätzlich starre Wachstumsziele bei der Begrünung gesetzt werden.“

Hinsichtlich des laufenden Gesetzgebungsverfahrens innerhalb der EU-Institutionen fordert der Oberbürgermeister: „Die lokalen Gebietskörperschaften sind der Schlüssel zur Renaturierung und zum Erhalt der urbanen Ökosysteme. Ich fordere die EU-Gesetzgeber auf, bei der weiteren Beratung dieser Verordnung im Gespräch mit uns zu bleiben, um die lokale Perspektive nicht zu verlieren.“

Ulrich Fikar
Referent im Europabüro
des Deutschen Städtetages

TITELFOTO

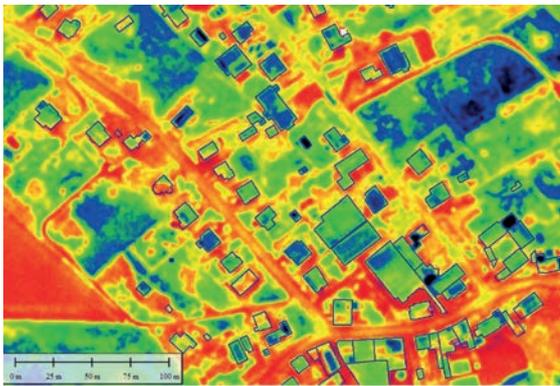
„Zebrastrifen“ in Regenbogenfarben

Ein bunter „Zebrastrifen“ als sichtbares Zeichen für Solidarität mit der queeren Community, den gibt es seit Februar zwischen Busbahnhof und Innenstadt auf der Maximilianstraße in Bonn. Die Stadt will damit ein Zeichen setzen: „Denn die UNO-Stadt Bonn, in der Menschen aus fast allen Ländern der Welt friedlich miteinander leben, steht für Toleranz, Vielfalt und Diversität!“, sagte Oberbürgermeisterin Katja Dörner.

Der Straßenverkehrsordnung entsprechen die farbigen Streifen nicht. Deshalb wurden sie in einem Bereich der Fußgängerzone aufgeklebt, in der der Fußverkehr ohnehin Vorrang hat, und nicht auf öffentlichen Verkehrsflächen. Die Aussage der farbigen Markierung bleibt dennoch eindeutig.

(Oberbürgermeisterin Katja Dörner, Bezirksbürgermeister Jochen Reeh-Schall und Carsten Sperling, Leiter der Straßenverkehrsbehörde; Foto: Bundesstadt Bonn, Giacomo Zucca)

Foto: Hexagon Miramap



Münster: Thermografieflüge für Klimaschutz

Mit aus der Luft aufgenommenen Thermografiebildern (Wärmebildern) zeigt die Stadt Münster, an welchen Gebäuden energetische Nachrüstungen sinnvoll sind. Die Aufnahmen vermitteln die Wärmeverluste von nicht oder schlecht gedämmten Gebäudedächern. Die Nutzung der Wärmebilder ist für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer kostenfrei. Die Thermografiebefliegung ist Teil des Masterplans Klimaschutz der Stadt.

➤ www.stadt-muenster.de/thermografiebefliegung



Hamburg: Autonome Shuttle im ÖPNV

Im Hamburger Nahverkehr sollen autonom fahrende Shuttle-Busse unterwegs sein. Ein erster Test mit fünf Fahrzeugen soll im kommenden Jahr zunächst in der Innenstadt starten. Außenbezirke sollen später folgen. Die Busse sind Teil des Projekts Hamburg Takt, das bis 2030 bis zu 10.000 Shuttles umfassen könnte und eine Nahverkehrsfrequenz von fünf Minuten ermöglichen soll.

➤ www.hochbahn.de

Nürnberger Azubis besuchen Deutschen Städtetag

56 Auszubildende der Stadt Nürnberg haben die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages in Berlin besucht. Auf dem Programm stand unter anderem eine Diskussion mit der Digitalisierungsbeauftragten des Deutschen Städtetages, Frauke Janßen, zum Thema Smart City und Verwaltungsdigitalisierung.

➤ www.staedtetag.de/themen/digitale-stadt



LIEBE STADTRÄTE,

**LIEBE BÜRGER-
MEISTERINNEN,**

**DANK EUCH FIT FÜR DIE ZUKUNFT:
MIT WÄRMEPUMPEN, WÄRMENETZEN
UND SOLARENERGIE.**

Für diese Maßnahmen gibt es staatliche
Förderungen: [energiewechsel.de](https://www.energiewechsel.de)

**80 MILLIONEN GEMEINSAM FÜR
ENERGIEWECHSEL**



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Mit Technik und Expertise: Würzburg senkt erfolgreich Stickstoffdioxid-Belastungen

Von Georg Wagenbrenner

Es ist eines der größeren Verkehrsprojekte der Stadt Würzburg, ohne dass dafür auch nur ein Meter Straße, Radweg oder Schiene neu gebaut wurde. Das Umweltorientierte Verkehrs- und Mobilitätsmanagement (UVM) hatte 2018 folgenden Ausgangspunkt: Die Stickstoffdioxid-Konzentration (NO₂) ist in der Stadt keineswegs gleichverteilt. Es gibt Hotspots mit einer hohen Belastung. Diese Punkte liegen stets an Straßen mit einer starken Verkehrsbelastung. Gerade wo Autos regelmäßig im Stau stehen oder sich viele Verbrennungsmotoren nur im langsamen Stopp & Go durch Straßenschluchten bewegen, schnellen die entsprechenden Messwerte nach oben – womöglich auch über die gesetzlichen Grenzwerte. Mehr Verkehrsfluss an den neuralgischen Punkten, weniger motorisierter Individualverkehr insgesamt – dies sind die Wege um die hohen Stickstoffkonzentrationen in den Griff zu bekommen. Was wiederum gesünder für alle Menschen in den betroffenen Bereichen und entspannender für alle Verkehrsteilnehmer sein dürfte.

„Kurze Fahrtzeiten und niedrigere Schadstoff-Emissionen sind glücklicherweise kein Widerspruch, sondern sie bedingen sich.“

Benjamin Schneider,
Baureferent

Aus dieser Grundüberlegung heraus wurde vom Würzburger Stadtrat ein komplexes Projekt mit Gesamtkosten von ca. 4.500.000 € auf den Weg gebracht. Rund die Hälfte dieser innovativen Investition wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr getragen. Als Auftragnehmer erhielt Yunex Traffic (ehemals Siemens Mobility ITS) den Zuschlag zur Umsetzung verschiedener Maßnahmen, welche in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Dienststellen der Stadt Würzburg und der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) durchgeführt wurden.

Die Stadt investierte gezielt und massiv in ein umfassendes Umweltmodell, Infrarot-Verkehrszähler, neue Soft- und Hardware für Lichtsignalanlagen oder einen leistungsstarken Verkehrsrechner. So entstand eine moderne und vernetzte Basisinfrastruktur, die strategische Eingriffe in den fließenden Verkehr in dieser Form erst ermöglicht. Im Technischen Rathaus in der Veitshöchheimer Straße werden nun alle Daten in der Verkehrsredaktion verarbeitet. Die enge Kooperation mit den Würzburger Stadtwerken, die viele der verschiedenen Komponenten technisch betreuen, ist dabei obligatorisch.

Aktuelle oder prognostizierte Verkehrsdaten, Schadstoffbelastungen, lokale Wetterinformationen, Verkehrsaufkommen bieten ein detailreiches Gesamtbild des Würzburger Verkehrs in Echtzeit. Von den über 180 Würzburger Ampeln werden von der Zentrale aus 55 im Rahmen des UVM harmonisiert gesteuert, Tendenz steigend. Möglichkeiten gibt es unzählige: angepasste Grünzeiten für die Hauptpendlerströme auch bezogen auf sehr kurze Zeitfenster, weitläufige Umfahrungen von Baustellen, schnelle Reaktionen auf Unfälle oder im Vorfeld bekannte Großveranstaltungen wie



Hier laufen alle wichtigen Informationen des Würzburger Verkehrs zusammen: in der Verkehrsredaktion im Technischen Rathaus in der Veitshöchheimer Straße wird das UVM gesteuert und kontrolliert. (Foto oben und rechts: Jörn Egbert)



Foto: VMZ Berlin

beispielsweise den Würzburger Residenzlauf. Und es kommen immer neue Anwendungen hinzu: „Aktuell arbeiten wir beispielsweise an einer Verknüpfung mit unserem Parkleitsystem“, berichtet Verkehrsingenieur Jörn Egbert. Lästiger Parksuchverkehr könnte also bald weiter reduziert werden. Auch die Bevorrechtigung der Busse an Ampeln ist mit den nun geschaffenen technischen Grundlagen leichter möglich. „Hier hoffen wir die Busbeschleunigung bald an ersten Anlagen umzusetzen“, führt Egbert weiter aus.

Seit April 2021 wurde das UVM nach und nach in Betrieb gesetzt, das Feinjustieren und Weiterentwickeln wird sicher als eine spannende Daueraufgabe bleiben. Denn im Verkehr tut sich immer etwas: Saubere Techniken wie E-Bikes und E- oder Hybridfahrzeuge sind auf dem Vormarsch, neue Park &

Foto: Uwe Schippmann



Ride-Möglichkeiten sind erklärtes Ziel der Politik in Stadt und Landkreis, Home Office behält vielleicht auch nach Corona einen höheren Stellenwert und schließlich könnte auch der aktuelle gesetzliche NO_2 -Grenzwert ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresmittel) angepasst werden. Diese Trends und Vorgaben kann das UVM mit den passenden Programmen unterstützen. Unterschieden werden kann zwischen gezielten Eingriffen durch die Ver-



Foto: Uwe Schippmann

kehrredaktion und bewährten Automatismen, beispielsweise wenn das System selbst Ampelprogramme anpasst, um einen hohen NO_2 -Wert durch eine Verflüssigung an einem Hotspot wieder zu senken. Eine kontinuierliche Kontrolle ist in beiden Fällen unerlässlich und durch die umfangreiche Dokumentation auch möglich. Mensch und Maschine können so aus Herausforderungen lernen.

„Die Möglichkeiten des UVM sind noch lange nicht ausgeschöpft. Die Verkehrsteilnehmer sollen von den Rechnern und Logarithmen aber keinesfalls nach und nach entmündigt werden. Zum Gesamtkonzept gehören informierende Displays an den Hauptverkehrsachsen oder auch an der Drehscheibe Hauptbahnhof, eine kostenlose Sauber-Mobil-App mit Routenplaner, sinnvolle Verknüpfungen mit dem ÖPNV oder auch Angeboten wie Carsharing. Das ganze System setzt auf Pendler, die permanent mit guten Informationen und Argumenten versorgt werden und sich so entscheiden können, auch einmal neue Wege zu gehen bzw. zu fahren. Kurze Fahrtzeiten und niedrigere Schadstoff-Emissionen sind glücklicherweise kein Widerspruch, sondern sie bedingen sich“, sieht Baureferent Benjamin Schneider große Potenziale für das Herzstück der Würzburger Verkehrsplanung.

Täglich pendeln Zehntausende Menschen nach Würzburg. Dies sei gleichermaßen eine große Masse an Verkehrsaufkommen, aber

auch Zehntausende individuelle Fahrten, die sich in den genauen Zielorten, zeitlichen Vorgaben, Personenzahlen, Transportmitteln oder den finanziellen Ressourcen der Verkehrsteilnehmer doch wieder sehr unterscheiden. Hier liegt das Potenzial, das, wie erste Auswertungen zeigen, schon jetzt vom UVM genutzt wird. Ein Vergleich von Daten aus den Jahren 2017 und 2021 zeigte an einigen Messstellen – wie beispielsweise im kritischen Bereich des Röntgenrings – eine deutliche Verbesserung der Verkehrsqualität. Hier finden nun prozentual weniger der Fahrten im Stau statt, sondern in einem zügigeren Tempo. Die gesammelten Daten von 53 Infrarotdetektoren ergeben für einen Großteil des Straßennetzes ein vollständiges Lagebild. Diese Daten können künftig auch die Grundlage verkehrspolitischer Entscheidungen sein. Einziger Wermutstropfen aktuell: Durch die Corona-Pandemie, deren erste Wellen zeitlich mit der Einführung des UVM zusammenfielen, kam es zu einer Reihe von Sondereffekten bei den Pendlern (beispielsweise durch neue Gleitzeit- oder Home-Office-Regelungen), die es nun bei der Interpretation der Vorher-Nachher-Daten zu beachten gilt. Hierzu holt sich die Stadt Würzburg aktuell noch eine genaue Expertise ein. Schon heute ist klar ist, der Verkehr hat in Würzburg zuletzt abgenommen und aktuell werden alle NO_2 -Grenzwerte eingehalten.

Georg Wagenbrenner



Monitoring der Integration in Kommunen

Wie gut gelingt die Integration vor Ort? Wo gilt es, Teilhabemöglichkeiten zu verstärken? Bei der Beantwortung solcher Fragen können Handlungsempfehlungen helfen, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einem Forschungsprojekt mit zehn Kommunen entwickelt hat. Beteiligt waren Augsburg, Jena, Kaiserslautern, Ludwigshafen am Rhein, München, Potsdam, Saarbrücken und Wiesbaden. Die Ergebnisse sind in der Publikation „Kommunales Integrationsmonitoring. Status Quo und Perspektiven zur Weiterentwicklung“ abrufbar.

➔ <https://t1p.de/Integrationsmonitoring>

Bundesprogramm für Menschen in benachteiligten Stadtquartieren

Bessere Chancen für Menschen in benachteiligten Stadtteilen sind Ziel des Bundesprogramms Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier. Es fördert Projekte zur Integration in Arbeit und zur Stärkung der lokalen Ökonomie und führt quartiersbezogene lokale Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktprojekte mit städtebaulichen Maßnahmen zusammen. Antragsberechtigt sind Kommunen mit aktiven oder ehemaligen Fördergebieten des seit 2020 bestehenden Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ sowie ausgelaufenen Fördergebieten des ehemaligen Programms „Soziale Stadt“. Interessenbekundungen bis 20. März über

➔ <https://foerderportal-zeus.de>

➔ www.bmwsb.bund.de



Elektromobilitätskonferenz 2023 in Hamburg

Am 21. und 22. März 2023 findet die Elektromobilitätskonferenz 2023 des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) in Hamburg statt, eine der größten Konferenzen zum Thema Batterieelektrische Mobilität in Deutschland. Ihr Fokus liegt auf dem lokalen und regionalen Ausbau der Elektromobilität. Veranstaltungspartner sind HySolutions und die Stadt Hamburg, Kooperationspartner u.a. der Deutsche Städtetag, der Verband kommunaler Unternehmen und der Verband deutscher Verkehrsunternehmen.

➔ www.now-gmbh.de

Deutscher Städtetag



Foto: Georg Kiebhahn

Norbert Zeidler (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Biberach an der Riß, ist Ende 2022 aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet worden. Er leitet seit 2013 die Geschicke der Stadt und engagierte sich seit 2014 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Thomas Goethe, Fototeiler Goethe

Oberbürgermeister a. D. **Holger Kelch**, Stadt Cottbus, ist ebenfalls Ende 2022 aus dem Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages verabschiedet worden. Kelch war seit 2014 Oberbürgermeister der Stadt Cottbus und nicht mehr zur Wahl angetreten. Der Christdemokrat engagierte sich seit 2020 im Präsidium und seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Stadt Ulm

Gunter Czisch, Oberbürgermeister der Stadt Ulm, feiert am 1. April seinen 60. Geburtstag. Der Christdemokrat steht seit 2016 an der Stadtspitze von Ulm und engagierte sich seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Michael Kenzler

Oberbürgermeister **Jürgen Roth**, Stadt Villingen-Schwenningen, begeht am 18. März seinen 60. Ehrentag. Der Christdemokrat leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt.



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de